

Vorort

Stadtzeitung

PREIS: 0,50 DM

NR 1 Juni 77

herne/wanne-eickel

inhalt:

EUROVIA/ARBEITER MACHEN THEATER	S. 3
GEGEN DEN AUSBAU DER STZAG	S. 4
MÄDCHENWOHNHEIM/ZUCHT UND ORDNUNG	S. 5
BERUFSSVERBOT/DER FALL LEIMANN	S. 5
... UND VIELES MEHR	



Werden Siedlungshäuser abgerissen?

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat rund 50 Mio DM für die Sanierung, d.h. in diesem Fall zur Verbesserung der Wohnqualität in Arbeitersiedlungen zur Verfügung gestellt. Diese Mittel fließen in 10 Siedlungen, wo unter anderem schwerpunktmäßig Arbeiterinitiativen für den Erhalt der Siedlung kämpfen. Man muß an dieser Stelle daran erinnern, daß im gesamten Ruhrgebiet ca. 1200 Arbeitersiedlungen existieren. Bereits im April gab es eine Anfrage in der Stadtbezirksvertretung Eickel, ob sich die Stadtverwaltung Herne um Mittel aus dieser Maßnahme bemüht hat, z.B. um die Arbeitersiedlungen Sassenburg/Koloniestraße zu sanieren. Bis heute hat die Stadtverwaltung dazu keine öffentliche Stellungnahme abgegeben.

Fortsetzung Seite 2



Hertie und die Sozialpartnerschaft

Die Warenhauskonzerne stöhnen: Die Umsätze sind gesunken! Was muß man tun, damit die Branche nicht stirbt? Die Verkaufsflächen vergrößern - hä? - und rationalisieren! Und so geschieht. Daß die Umsätze aber überhaupt nicht gesunken, sondern nur nicht so hoch gestiegen sind, wie die Herren es sich gewünscht hatten, tja, das braucht ja nun nicht jeder



EINE SOLLE KRÄFTIG...

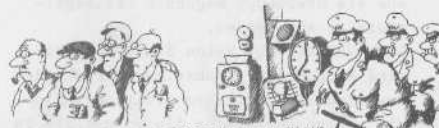


UM EINEN ANDEREN VERGESSEN...

zu wissen. Und weil die Umsätze bei Hertie in Wanne-Eickel auch "gefallen" sind, muß man hier auch rationalisieren - damit sich das auch lohnt.

Als wenn wir noch nicht genug Arbeitslose hätten!!

Nach und nach wirft Hertie seine Mitarbeiter auf die Straße, übt psychologischen Druck aus, belastet Kolleginnen und Kollegen mit Mehrarbeit und verschärft die Konkurrenz innerhalb der Belegschaft.



EINEN HAUPT-HEISTER-UNTERBEITER, STECHHEIN, SIVERNI UND WERKSCHUTZBULLEN - ETC. ETC.

Der Personalbestand wird beständig abgebaut. Ende 1976 wurden 24 Kündigungen ausgesprochen, und im neuen Jahr 1977 gleich 49, die jedoch bisher nicht alle durchgesetzt werden konnten. Um die Rationalisierungsmaßnahmen trotzdem vollständig durchzusetzen, ohne gleichzeitig das Kind beim Namen zu nennen, werden Kündigungsgründe wie "Arbeitsverweigerung", "Diebstahl" (!), "Fehlzeiten", "Nicht-geeignet" usw. angegeben. Wie dies im einzelnen aussieht, sollen einige Beispiele dokumentieren.

I "Fehlzeiten" und "psychologischer Druck"

Eine Kollegin arbeitete einige Jahre im Legerhaus des Kaufhauses und zog sich dabei ein Rückenleiden zu. Die Kollegin musste einige zeitlang aussetzen; der Arzt stellte ihr ein Attest aus, daß sie die bisherige Arbeit nicht mehr verrichten könne. Das passte Hertie nicht. Hertie brauchte vollwertige Arbeitskräfte. Weil jedoch Krankheit in diesem Fall kein Kündigungsgrund ist, versuchte man auf die Mitarbeiterin psychologischen Druck auszuüben, mit der Absicht, daß sie von selber kündigt. Systematisch wurden andere Kollegen gegen sie aufgehetzt, und die Kollegin bat um Versetzung in eine andere Abteilung. Man kam diesem Wunsch nicht nach. Die Frau war weiterhin dem Druck ausgesetzt und hatte oft Weinkrämpfe.



EINE GANZE FABRIK, KAPITAL, EINES VERWALTUNGSAPPARAT,

Erst nachdem sich der Betriebsrat verstärkt für die Kollegin eingesetzt hatte, wurde sie versetzt. Diese Frau arbeitet heute noch bei Hertie, steht jedoch auf der "Abschlußliste".

II "Diebstahl"

Auf einer Belegschaftsversammlung Anfang des Jahres wurden die Kollegen aufgrund einer Inventurdifferenz aufgefordert, mehr auf Kunden- und Personal diebstahl zu achten! D.h.: gegenseitige Bespitzelung und Verschlechterung des



DA IS ES UMMEHRT DOCH WEL EINFACHER.

ohnehin schon missen Betriebsklimas. Die Folge: eine Kollegin, die sich aus Abfäulen des Kaufhauses Schnur und Packpapier für ein privates Packet gesucht hatte, wurde wegen "Diebstahl" entlassen.

Fortsetzung Seite 3

Warum machen wir eine Stadtzeitung

In Herne haben wir im Grunde sehr viele Probleme, über die es sich zu berichten lohnt. Da soll, zum Beispiel, das Kohlekraftwerk Steag erweitert werden. Einen Bürgerinitiative wehrt sich gegen diesen Ausbau, sammelt Material, Hintergrundinformationen. Der Glückaufplatz soll mit Millionenbeträgen "saniert" werden; die geplante Westtangente wird das westliche Gebiet von Wanne regelrecht abschneiden. Darüber hinaus: Jugendarbeitslosigkeit, schlechte Freizeitsituation, und und und ...

In den großen Tageszeitungen lesen wir darüber wenig. Was zu interessieren hat, bestimmen Redakteure über unsere Köpfe hinweg. Sensationsmeldungen über Schlägereien, Einweihungen von Geschäftshäusern usw. finden wir oft. Aber wann hat es in der WAZ mal einen Artikel gegeben, der sich mit den Hintergründen solcher "Sensationen" auseinandersetzt? Da wehren sich ausländische Kollegen in einem Wohnheim gegen Mieterhöhungen. Wie lange hat es gedauert, bis die Kollegen den Mut hatten, sich zur Wehr zu setzen? Welche Erfahrungen haben sie dabei gemacht? In der WAZ steht nichts darüber. Uns haben nur "wichtige Ereignisse" zu interessieren, nicht aber, daß es in Holsterhausen, Bickern, Wanne noch mehr Menschen gibt, die von ungerechtfertigten Mieterhöhungen betroffen sind. Daß Jugendliche im Sauf Parkbänke umschmeißen, lesen wir alle Nase lang. Aber über die Ursachen steht da nicht viel. Welche Zeitung interessiert schon, daß der "Randalierer" vielleicht arbeitslos war und deshalb angefangen hat zu saufen?

Finden wir in den Zeitungen Berichte über die Gruppen, Initiativen hier in Herne, die angefangen haben, sich gegen Sanierung, Entlassungen, Willkür, Unterdrückung zur Wehr zu setzen? Über ihre Schwierigkeiten, Probleme und Erfolge? Können wir aus den Tageszeitungen erkennen, daß Arbeitslosigkeit, Mieterhöhungen, eben kein Problem ist, daß uns allein betrifft, sondern noch viele andere mehr in unserer Stadt? Daß es Möglichkeiten gibt, sich dagegen zu wehren?

Die bürgerlichen Zeitungen schreiben darüber nichts. Sie verfälschen, verschweigen und unterdrücken Informationen. Oft entscheiden noch nicht mal Wanne-Eickler Lokalredakteure, was nun in die Wanner-WAZ entgeltlich reinkommt. Die gesamte Lokalausgabe wird in Bochum nochmal zensiert. Da werden dann Artikel einfach rausgeschmissen, und kommen in den sogenannten 'Stehsatz', wenn z.B. irgend ein Platz für eine Anzeige gebraucht wird. Uns interessieren nicht die Probleme der Chefärzte und Geschäftsführer, der Fabrikbesitzer und Bauherren. Von den Anzeigen dieser Leute sind bürgerliche Zeitungen

abhängig. Es wird geschrieben, was diese Leute lesen wollen. In der "VORORT" sollen gerade die Leute zu Wort kommen, die keine Artikel in der WAZ "kaufen" können:

- die Arbeiterin, der Arbeiter, die Angestellten, die um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen
- Hausfrauen, die mit ihrem Geld nicht mehr klarkommen, weil die Preise ständig steigen; Frauen, die die Doppelbelastung Beruf und Familie fertigmacht
- Jugendliche, die keine Lehrstelle kriegen oder keine vernünftigen Freizeitmöglichkeiten haben
- Rentner, die von ihrer kärglichen Rente kaum ihren Lebensunterhalt bestreiten können

In der "VORORT" wollen wir mithelfen zu zeigen, daß Probleme nicht den Einzelnen betreffen, sondern daß wir alle Betroffene sind, daß wir uns gemeinsam wehren können. Wir wollen die Vereinzelung bekämpfen, Verbindungen zeigen, daß z.B. die Mieter, die gegen ungerechtfertigte Mieterhöhungen vorgehen, im Grunde dieselben Interessen haben wie jene, die sich gegen den Abriß von Arbeitersiedlungen wehren. Wir wollen Öffentlichkeit herstellen für alle, die keine Öffentlichkeit haben. Wir werden versuchen, Erfahrungen von einzelnen zu verallgemeinern und auszuwerten, Veränderungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Das können wir natürlich nicht vom Schreibtisch aus. Wir wollen in Gruppen und Initiativen mitarbeiten und möchten, daß die Gruppen an der "VORORT" mitarbeiten. Wenn wir unserem Anspruch, Arbeitersiedlungen herzustellen, gerecht werden wollen, so sind wir auf die Unterstützung und Hilfe derjenigen angewiesen, die begonnen haben, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Ohne eure Unterstützung wird die "VORORT" austrocknen, ehe sie überhaupt begonnen hat, regelmäßig zu erscheinen.

Die "VORORT" übt keine Zensur aus. Wir sind kein Organ irgendeiner Partei oder Organisation, sind aber nicht parteilos. Wir nehmen Partei für diejenigen, die in dieser Gesellschaft für ihre Rechte und Interessen kämpfen wollen.

In der "VORORT" wird kein Artikel, Brief usw. ohne Zustimmung des jeweiligen Verfassers gekürzt, verändert. Wir wollen keine Mitarbeit der Leute unter der Rubrik "Hier schreibt der Leser", sondern eine aktive Mitgestaltung der "VORORT". Zu diesem Zweck sind die Redaktions-sitzungen öffentlich, an ihnen kann jeder teilnehmen.

Kommt zu den Sitzungen, schreibt Artikel, schickt Veranstaltungshinweise und Informatoren!

Helft uns, daß die "VORORT" zu einer wirklichen Alternative zu den großen Zeitungen wird!

WERDEN SIEDLUNGSHÄUSER ABGERISSEN ?

Fortv. v. Seite 1

Daß sie kein besonderes Interesse an der Verbesserung der Wohnsituation in Herne Arbeitersiedlungen hat, zeigt das Verhalten der Stadtverwaltung mit aller Deutlichkeit im Fall der Siedlung Glückaufstr./Mathildenstr./Schalkestraße. Für dieses Gebiet sieht der gültige Bebauungsplan (Nr. 76/1) immer noch den Abriß der Siedlung vor. Änderungsanträge an die Stadtverwaltung auf Aufhebung dieses Bebauungsplanes sind bis heute aus formalen Gründen zurückgewiesen worden. Wie aus



Kreisen der Stadtverwaltung zu erfragen war, dürfte mittlerweile eine Flächen-sanierung, d.h. der Abriß der gesamten Siedlung zu teuer werden, so daß die Stadtverwaltung vom eigenen Bebauungsplan Abstand nehmen wird.

Wichtig ist aber zu sehen, daß dort die Stadtverwaltung über Wohnqualität redet, wo der Abriß zu teuer und eine Neubebauung nicht profitabel erscheint. Von dieser Stadtverwaltung können wir für die Verbesserung unserer Lebens- und Wohnsituation nichts erwarten. Wir müssen unsere Interessen schon selbst in die Hand nehmen

AUS DER REDAKTION



Unter dieser Rubrik werden wir in regelmäßigen Abständen über "redaktionsinterne" Vorgänge berichten, wie z.B. unsere finanzielle Situation (sobald die Abrechnung vom Pressefest vorliegt, werden wir unsere Finanzsituation veröffentlichen), personelle Veränderungen, Schwierigkeiten, Probleme, ... halt alles, was so anfällt.

Wir wollten eigentlich einen Artikel der Frauengruppe Wanne-Eickel zur Problematik des §218 in dieser Ausgabe veröffentlichen. Leider konnte der aus technischen Gründen nicht mehr erscheinen. (Der Artikel sollte gekürzt werden, die Verfasser sahen sich aber nicht in der Lage, unserem kurzfristigen Wunsch nachzukommen). Wir werden uns bemühen, in der zweiten Ausgabe einen Artikel dazu zu bringen.

Fortsetzung von Seite 1

III "Arbeitsverweigerung"

Ein Kollege sollte wegen "Arbeitsmangel" entlassen werden. Er setzte sich zur Wehr und durch die Solidarität einiger Betriebsratsmitglieder und Mitarbeiter musste die Kündigung zurückgenommen werden. Als der gleiche Kollege später Mehrarbeit ablehnte, wurde er wegen "Arbeitsverweigerung" entlassen. Er sollte neben seiner eigentlichen Tätigkeit nachmittags noch für einige Stunden die Müllpresse bedienen. Der Kollege, der ehemals die Presse bediente (im Hertie-Jargon: Presseminister) war wegen "Diebstahl" (!) entlassen worden. Die Rationalisierung wurde auf "Umwegen" durchgesetzt.

Erisanz dieses Falles: der Betriebsratsvorsitzende Martens (DAG) hatte sich von Anfang an für die Entlassung dieses Kollegen ausgesprochen, weil dieser Martens' gewerkschaftliches Konzept durcheinander gebracht hatte. Grund: der Kollege ist Mitglied der Gewerkschaft HBV und der DKP. Gegenüber Mitarbeitern äußerte Martens wortwörtlich: "Der muß raus! Für Kommunisten ist bei Hertie kein Platz!"



IV "Mehrarbeit"

Durch derart "terroristische" Praktiken ist Mehrarbeit bei Hertie zur Tagesordnung geworden. Der KPZ-Schlosser montiert neben der Wartung des Fuhrparks Fahrräder, ein Verkäufer der Möbelabteilung arbeitet im Möbellager. Weil er die meiste Zeit im Lager arbeitet, hat man sein Gehalt dem der Lagerarbeiter angeglichen. Man hat ihm kurzerhand einen neuen Arbeitsvertrag verpasst: "Handelshilfsarbeiter". Wozu hat der wohl Verkäufer gelernt? Die Reihe der Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen.

Gegen solche Zustände können und müssen sich die Kolleginnen und Kollegen bei Hertie nur selbst wehren. Ein erster Schritt ist die Stärkung der Gewerkschaft HBV, denn der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei Hertie in Wanne-Eickel ist erschreckend: nur 20 % der Kollegen sind organisiert, dazu gespalten in DAG und HBV. Es kommt auch darauf an, die arbeiterfeindliche Politik der DAG zu entlarven und die Stellung dieser unternehmerfreundlichen Ständegewerkschaft zu schwächen. Daß man mit einer starken Gewerkschaft was machen kann, bewiesen Hamburger HBV-Kollegen,

Arbeiter machen Theater

EUROVIA EIN LEHRSTÜCK



Seit einigen Monaten haben 15 Arbeiterinnen und Arbeiter der Firma Eurovia in Gelsenkirchen eine neue Art des gewerkschaftlichen Kampfes gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen entdeckt: Sie schreiben gemeinsam ein Theaterstück.

Als dramaturgischer Rahmen bot sich die erlebte Realität an.

Das Stück spielt die einzelnen Etappen der Schließung des Euroviabetriebes von der Kursarbeit bis zur Massenentlassung durch. Die Gruppe diskutiert jede einzelne Szene und gibt dann an einen Arbeiter der, als Beteteiligter dabei war, den Auftrag, die Szene in Dialogform zu schreiben, so wie er sie in Erinnerung hat. (z.B. schreibt der Betriebsrat über die Verhandlungen mit der Firmenleitung, der "einfache Arbeiter" über die Diskussionen in der Belegschaft.) Die Szenen, die so in Hausarbeit entstehen, werden dann wieder in die Gruppe eingebracht und dort besprochen. Erst wenn alle eine Szene akzeptieren, steht sie.

Das Stück spiegelt die Wirklichkeit wieder. Die Sprache der Arbeiter findet sich im Stück wieder. Diese Sprache ist für Aufführungen wahrscheinlich sogar sehr geeignet, weil hier kein Autor versucht, so zu schreiben, wie die Arbeiter sprechen, sondern die Betroffenen dieses selbst tun.

Eine wesentlichen Schwierigkeit der Gruppe ist es, sich komplett zu treffen. Alle sind Schichtarbeiter. Sie arbeiten in drei Schichten. Oft auch Samstags. So häufen sich die Terminschwierigkeiten. Einige sind inzwischen arbeitslos und suchen neue Stellen. In Gelsenkirchen sieht es recht hoffnungslos aus. Auch das soll mit in unser Stück aufgenommen werden. Die Mitarbeit einer griechischen Sozialarbeiterin ermöglicht es, auch die Texte der griechischen Kollegen ohne Übersetzungsschwierigkeiten ins Stück einzubauen.

Unterstützt wird die Gruppe von dem Geschäftsführer der Gewerkschaft Textil- und Bekleidung, Joachim Thoß, und dem evangelischen Industrie- und Sozialpfarrer

Kurt Struppek. Ein Hamburger Filmteam plant eine Dokumentation der Gruppenarbeit.

Spielen will die Gruppe das Stück in Gelsenkirchen und Umgebung selbst. Die ersten Angebote von Kirchengemeinden und Umgebung liegen bereits vor. Im Augenblick überlegen wir, ob wir mit den erspielten Geldern einen Fonds zur Unterstützung von Härtefällen für Arbeitslose gründen sollen. Nicht ganz leicht war es für die Gruppe, die politischen Hintergründe dieser Werkschließung zu erarbeiten.

Die Firma Eurovia wurde vor etwa zehn Jahren mit großen Geschenken nach Gelsenkirchen geholt. Für zehn Jahre stundete das Finanzamt dem Betrieb die Steuern. Das Firmengelände wurde zu einem Spottpreis an das Werk verkauft. Da die Gründung in die Bergbaukrise fiel, bekam die Firma für jeden Bergmann, den sie übernahm, einige tausend Mark. Mit 1500 Belegschaftsmitgliedern begann die Produktion. Inzwischen baute man auf 600 Beschäftigte ab, ohne weniger zu produzieren. Nun müssen die 600 auch noch gehen, weil "zuviel produziert wurde". Der eigentliche Skandal liegt aber tiefer.

Die Westdeutsche Landesbank besitzt 58% der Anteile der Firma. Es handelt sich also quasi um einen landeseigenen Betrieb, der im Vorjahr noch 5 Mio DM plus erwirtschaftete, dann fast eine Mio DM minus machte und nun 600 Leute auf die Straße setzt.

Der Betriebsrat macht der Firmenleitung schwere Vorwürfe. "Die sind mit den Strumpfhosen fast ganz aus dem Fachhandel raus in die Supermärkte gegangen. Da mußten sie scheitern, sobald einer kommt, der billiger ist."

Billiger sind zur Zeit die italienischen Strumpfhosen.

Doch die Arbeiter sind nicht bereit, sich wortlos verschaukeln zu lassen.

Sie versuchen jetzt, "die Wahrheit mit List zu verbreiten".

Zum Beispiel mit einem Theaterstück.

Klaus-Peter Wolf, 465 Gelsenkirchen, Breilstr. 14, Tel. 0209/20 76 07

die gegen die miesen Bedingungen am Arbeitsplatz und die Minilöhne im Einzelhandel demonstrierten. In einem Flugblatt, das sie verteilten, stand u.a.:

"Trotz

- ständigen Personalsabbau bei vergrößerten Verkaufsflächen und erhöhtem Umsatz
- künstlicher Licht- und Luftverhältnisse (dabei praktisch den ganzen Tag stehen müssen),
- mieser Arbeitszeiten (von 9 bis 18.30 Uhr und fast an allen Samstagen) und

- der niedrigsten Tarifgehälter der deutschen Wirtschaft (erst im 8. Jahr nach Abschluß der Lehre 1360 DM brutto), soll das Verkaufspersonal den ganzen Tag nett und freundlich sein?"
- Dies gilt auch für Wanne-Eickel!

Sollten Euch in Eurem Betrieb gleiche oder ähnliche Schweinereien passieren, so informiert bitte die Redaktion. Wir behandeln solchen Informationen selbstverständlich streng vertraulich.

VOR ORT gegen den Ausbau der STEAG

Am 6. Dezember 1976 wurde bekannt, daß die Steag beabsichtigt, ihr Gruppenkraftwerk in Herne-Baukau von derzeit 600 Megawatt auf 1300 MW zu erweitern und damit mehr als zu verdoppeln. Schon bald regten sich erste Proteste gegen dieses Umweltzerstörende Projekt. Nach einer Bürgerversammlung mit rund 200 Teilnehmern und einer CDU-Veranstaltung Ende Januar kam es dann am 2. Februar zur Gründung der Bürgerinitiative. Die Bürgerinitiative hat über 70 Mitglieder, darunter viele direkte Anwohner der Herne Steag. Interessenten, die sich informieren oder aktiv mitarbeiten wollen, können sich wenden an:

Werner Höfer, Jobststr. 27 f, Herne 1 oder Gerald Solfrjan, Rottstr. 120 a, Herne 1.

"Demokraten" am Werk

Auf der CDU-Veranstaltung im Januar tat sich MdL Schlottmann mal wieder besonders hervor. Erst waren die Bürger, die als Gegner der Erweiterung auftraten, (gegenüber der einmütigen Haltung von CDU und Steag-Bossen, die einzigen übrigens, die eingeladen wurden) für ihn nichts als "Radikale Störer", sodann ortete er unter den Erweiterungsgegnern auch lauter "von der DDR gesteuerte Kräfte, vor denen sich die Bürger hüten müssen". Als ich seine Unverschämtheit zurückweisen wollte, haben mir die "christlichen Demokraten" flugs das Mikrophon angedreht. Ja, ja, unsere demokratischen Parteien.

Unzumutbare Umweltzerstörung

Schon heute ist die Umweltbelastung in Herne-Wanne durch Verkehrsballung, Umweltzerstörende Industrie etc., katastrophal. Die Situation ist im übrigen Ruhrgebiet ähnlich. Nach Angaben von Medizinern liegt das Ruhrgebiet in Bezug auf Herz-, Kreislauf- und Bronchialerkrankungen einsam an der Spitze der Bundesrepublik, die Krebshäufigkeit liegt mehrfach über dem Bundesdurchschnitt. Und der Raum Herne-Wanne gehört zu den am meisten belasteten Gebieten. Daran trägt die Steag eine gehörige Mitschuld. Schon heute werden täglich tonnenweise Giftstoffe ausgestoßen, so z.B. Kohlendioxid und Schwefeldioxid (hauptsächlich verantwortlich für Bronchialerkrankungen sowie Herz- und Atmungsstörungen). Hinzu kommt das heimtückische Fluor (täglich ca. 1 Tonne). Fluor ist giftiger als Arsen. Es lagert sich im Knochengewebe ab und führt vorwiegend bei Kleinkindern zu schweren organischen Schäden (u.a. verzögertes und gestörtes Knochenwachstum). Die

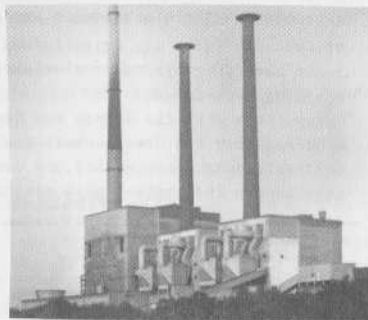
chemischen Querverbindungen und deren Auswirkungen sind überhaupt noch nicht erforscht.

Zusätzlich sind vor allem die Anwohner durch den feinen Staub einer außerordentlichen Schmutzbelastung ausgesetzt. Daß diese Belastung durch die geplante Erweiterung nicht geringer wird, sondern sich in unzumutbarem Maße weiter verschlimmert, dürfte auf der Hand liegen. Prof. Schliepkötter (medizinischer Berater der NRW-Landesregierung) hält weitere Kraftwerksbauten und -erweiterungen im Ruhrgebiet für unzumutbar. Unabhängige Mediziner gehen sogar noch weiter und bezeichnen diese als "lebensgefährlich für die betroffene Bevölkerung" (aus einem Gerichtsurteil). Deshalb fordern wir: KEINE ERWEITERUNG DER HERNER STEAG!

Umweltschutz kontra Arbeitsplätze? Oder Die Volksverdummer sind wieder am Werk!

Weil sie den Daten über die Umweltzerstörung nichts entgegenzusetzen haben versteifen sich die Befürworter der Erweiterung, Steag, ihre Muttergesellschaft Ruhrkohle AG, die Parteien und sogar die IGEE-Funkturen, nur das Argument der angeblichen Arbeitsplatzsicherung, bzw. -schaffung. Dieses Märchen ist dermaßen leicht zu durchschauen, daß eine Widerlegung eigentlich überflüssig ist. Da das Geschwafel mit den Arbeitsplätzen aber offensichtlich zur Spaltung der Bevölkerung dient, wollen wir es aber trotzdem nochmal herpfücken.

1. Bei der Steag selbst werden durch die Erweiterung keine Arbeitsplätze geschaffen sondern vernichtet!



Folgende Zahlen stammen von der Steag selbst (sie wurden auf der CDU-Veranstaltung im Januar herausgelassen). Wenn erweitert wird, sollen gleichzeitig vier kleinere Zechenkraftwerke (Hugo, Konsol, Friederich d. Gr. und eins in Recklinghausen) mit einer Gesamtbelegschaft von 240 Leuten stillgelegt werden. 100 werden aber bei der Erweiterung neu eingestellt. Bleiben also 140 übrig! Davon

gehen 96 in Rente ("Natürlicher Abgang", wie die Steag-Bossen zynisch bemerkten), ihre Arbeitsplätze sind aber auch futsch und werden nicht neu besetzt. Und 44 Kollegen, die ja nun übrig bleiben, fliegen richtig auf die Straße.

2. Nun tönen die Befürworter: Ja, aber die Arbeitsplätze im Bergbau. Auch geschenkt. Von 1957 bis 1973 hat die Förderung nichtmal um die Hälfte abgenommen, der Absatz gerade um ein Drittel. Die Zahl der Beschäftigten dagegen um mehr als zwei Drittel. Das einzige, was gestiegen ist, war die Schichtleistung pro Mann (um mehr als das Doppelte), sprich die gesteigerte Arbeitsethik. Laut WAZ-Besen sieht es für das 4. Quartal 1976 so aus: Während die Förderung der RAG um 4,8% stieg, sank die Zahl der Beschäftigten um 1,5%. Dahinter steckt die Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen (durch das schöne Wörtchen Rationalisierung umschrieben). Nicht Umweltschutz, sondern nur das Gewinnstreben der Ruhrkohle AG zerstört Arbeitsplätze im Bergbau. Das sollten sich vor allem die IGEE-Bosse hinter die Ohren schreiben, statt sich die Zeit damit zu vertreiben, ständig auf Umweltschützer loszudreschen.

3. Was die Frage nach mehr Energie angeht, ob wir sie brauchen usw., dazu ist viel zu sagen. Zahlen darüber sind ja überall im Gespräch und es ist schon oft nachgewiesen worden, daß wir eben nicht mehr Energie brauchen. Was Energie und Arbeitsplätze angeht, so lassen wir das statistische Jahrbuch des BfW von 1974 sprechen. Von 1963 bis 1973 nahm die Zahl der in der Industrie Tätigen (in NRW) um 7,7% ab, der Stromverbrauch der Industrie aber stieg um 61,7% (der Umsatz der Industrie, nebenbei bemerkt, stieg ebenfalls, und zwar um 92,6%).

Seit etlichen Wochen sammeln wir Unterschriften für einen Sammelanspruch beim Gewerbeaufsichtsamt in Dortmund, um auf das Genehmigungsverfahren Einfluß zu nehmen. Die Unterschrift hat für den Unterzeichnenden keine juristischen oder finanziellen Konsequenzen, da das eigentliche, spätere Verfahren erst nach einem Anhörungstermin anläuft und von der Bürgerinitiative bestritten wird. Listen sind bei obigen Adressen zu erhalten. Unterschreibt Alle den Sammelanspruch.

Die Bürgerinitiative hat eine illustrierte Broschüre herausgegeben, in der mit genauen Daten auf Umweltzerstörung und das Märchen mit der Arbeitsplatzsicherung eingegangen wird. Die Broschüre ist für 50 Pfennig bei den angegebenen Adressen zu erhalten.

i.A. der Bürgerinitiative
Werner Höfer

Zucht und Ordnung

Kurz vor den Sommerferien wird der all-jährliche Run auf die Lehrstellen losgehen. Im Mai gab es in Herne insgesamt 980 Lehrstellen (davon 425 in Wanne-Eickel), aber fast 1400 (!) Bewerber. Und das ist bis jetzt noch schlimmer geworden. Es ist klar, daß viele Jugendliche "auf der Strecke bleiben werden", wie einige Zeitungen zynisch schreiben. Jedoch für diese "Gesträndeten" hat man sich etwas einfallen lassen: Förderlehrgänge. Ein Förderlehrgang für ein Mädchen, das keine Lehrstelle gefunden hat, ist z.B. ein Jahr in dem internatsähnlichen Mädchenwohnheim an der Laurentiusstraße. Ein Jahr lang wohnen die Mädchen im Heim, machen in verschiedenen Firmen Praktika, gehen wöchentlich zur Berufsschule, betätigen sich musisch in Arbeitsgemeinschaften. Für die Mädchen scheint bestens gesorgt zu sein, das Gespenst der Jugendarbeitslosigkeit an ihnen vorbeigegangen. Aber der Schein trügt: sieht man hinter die Kulissen des Heims, muß man sich ernsthaft fragen, was da überhaupt gefördert wird. Früher hieß der Lehrgang im Heim übrigens Berufsfundungsjahr - da wurde alles gefunden, nur kein Beruf. Denn was im Heim wirklich passiert, kann man schlicht Ausbeutung und Unterdrückung nennen!

Die Praktika, die die Mädchen machen, sind nichts anderes als Hilfsarbeiten und Handlangerdienste. Ein Beispiel: Zwei Mädchen machen zwei bis drei Monate lang ein "Praktikum" in einem Kaufhaus. Man sollte meinen, daß sie dort durch die verschiedensten Abteilungen gehen und einen Einblick in die Organisation eines Warenhauses bekommen. Das Gegenteil ist der Fall! Ins Kaufhaus kommen sie erst gar nicht hinein. Sie werden sofort als billige Hilfskräfte ins Lagerhaus abgeschoben. Weil die Belegschaft des Lagerhauses für die anfallende Arbeit ohnehin zu klein ist, werden die Mädchen sofort voll in die Arbeit eingespannt. Sie müssen dort

schwere körperliche Arbeit verrichten - nicht umsonst besteht die Lagerhausbelegschaft nur aus Männern! - oder aber monotone Fließbandarbeit leisten: das Auspreisen von Artikeln. Die Stückzahl der Artikel, die ausgezeichnet werden müssen, geht pro Lieferung sehr oft in die Tausende. Auf jedes Einzelteil muß der Preis mit der Hand geklebt werden! Die Mädchen arbeiten am Tag vier Stunden, viermal die Woche. Ähnliche Drecksarbeiten müßten die Mädchen in Gärtnereien und Wäschereien machen. Dies ein Praktikum zu nennen ist blanker Hohn. Es ist Ausbeutung!

Im Heim selbst herrschen "Zucht und Ordnung". Durch Taschengeldentzug, Fernsehverbot und knapp bemessene Freizeit werden die Mädchen diszipliniert. Daß Mädchen im Alter von vierzehn bis sechzehn ein besonderes Interesse an anderen Geschlecht (sprich: an Jungen) haben, ist eine völlig natürliche Sache. Das findet die Heimleiterin Nies allerdings nicht. Sie diszipliniert die Mädchen, die den Jungen aus dem Fenster nachsehen mit GELDSTRAFEN! Wer aus dem Fenster schaut muß eine Mark Strafe zahlen! Bei dem knappen Taschengeld, das die Mädchen bekommen, ein ganz schöner Betrag. Und wenn der "Lehrgang" zuende ist? Dann werden einige Mädchen in eine Firma vermittelt, arbeiten dort einen Monat ohne Arbeitsvertrag und fliegen mit einem Almosen auf die Straße - damit Platz für die nächsten ist. Und wohl gemerkt: Diese Ausbeutung und Unterdrückung junger Menschen nennt sich "Förderlehrgang", wird vom Arbeitsamt finanziert, also mit Geldern, die wir zahlen. Man will uns vorgaukeln, durch diese Lehrgänge die Jugendarbeitslosigkeit zu "lindern". Was dabei herauskommt hat man gesehen. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit bleiben verschwiegen: Die Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das Recht auf Arbeit zu verwirklichen!

Bekanntmachung

Detr.: Radikalenerlaß
Die Bevölkerung wird noch einmal darauf hingewiesen, daß die ehem. Mitgliedschaft in NSDAP, SA, SD, SS und im NS-Rechtswahrbund einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht entgegensteht.



Der Landesbeauftragte für das Gefinnungswesen.

BERUFSVERBOT!

Der Fall Bernd Leimann

Im Lande des Bildungsnotstands und der Lehrerarbeitslosigkeit zeigte die Landesregierung in NRW wie man diese Probleme löst: Zum 1.2.77 stellte sie alle examinierten Referendare in den Schuldienst ein. Alle bis auf Bernd Leimann, den von seinen Kollegen gewählten Referendarsprecher. Ihm verbietet der Kultusminister seinen erlernten Beruf auszuüben. Nachdem Bernd Leimann schon über ein Jahr unterrichtet hat, soll er jetzt nicht mehr die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten. Er soll ein Verfassungsfeind sein. Bernd Leimann (30) würde seit dem 1.2.77 Deutsch und Französisch an einem Gymnasium unterrichten, gäbe es nicht den Ministerpräsidentenbeschluss vom 28.1.72. Seitdem wird jeder, der im öffentlichen Dienst arbeitet oder arbeiten will, überprüft, bespitzelt und verhört. Auch Bernd Leimann wurde zu einer Anhörung nach Münster geladen. Man hatte "Erkenntnisse": Er soll

1972 für den MSB Spartakus zum Studentenparlament der Uni Bochum kandidiert haben.

1973 und 1974 an je einer öffentlichen Tanzveranstaltung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) teilgenommen haben

1975 an zwei Mitgliederversammlungen der DKP-Stadtteilgruppe Bochum-Werne teilgenommen haben.

1975 als Gastdeligierter an der Kreisdeligiertenkonferenz der DKP Bochum teilgenommen haben.

In Münster bot B. Leimann den verbeamteten Verhörern an, ihnen seine Einstellung zur Verfassung zu erläutern. Die Beamten interessierte jedoch nur, warum er seine in der Verfassung garantierten Rechte wahrgenommen hatte. Eine Stellungnahme zu diesen "Erkenntnissen" lehnte Bernd Leimann ab.

JUSOS: DEMOKRATIE DURCH GUMMIKNÜPPEL

In Essen fand am 17./18.6.77 eine öffentliche Großveranstaltung der JUSOS statt, unter dem Motto "Jugend für Demokratie und Sozialismus". Was die Jusos unter Demokratie verstehen, demonstrierten sie besonders deutlich am Samstag, den 18.6. Verschiedene Organisationen wie GRUPPE INTERNATIONALE MARXISTEN (GIM), KOMMUNISTISCHER BUND (KB) und andere mehr, bauten vor und im Gruga-gelände Informationsstände auf. Die

Jusos versuchten zunächst, diese Leute durch Föbeleien zu vertreiben: "hier haben nur unsere Leute was zu suchen." Als die Vertreter der verschiedenen Organisationen sich nicht einschüchtern ließen, meldeten die Jusos dies der Messeleitung, die daraufhin befohl, die Informationsstände abzubauen. Die Betroffenen beriefen sich auf das Recht der Meinungs- und Pressefreiheit. Getreu ihrem demokratischen Konzept forderten nun die Jusos die Messeleitung auf, die Polizei zu holen. Kurze Zeit später erschienen 10 Polizisten, die unter Einsatz von Gewalt die Informationsstände entfernten. So haben die Jusos wieder einmal ihr rechtes Demokratieverständnis bewiesen!

ES HEIßT ZWAR, JEDER HAT DAS RECHT AUF FREIE MEINUNGSÄUßERUNG, ABER ES HEIßT NICHT: JEDE MEINUNG DARF FREI GEÄUßERT WERDEN!



Fortsetzung von Seite 5

Berufsverbote...

Der ersten Anhörung folgten noch während der Referendarzeit zwei weitere, die ähnlich der ersten verliefen. Ab dem 26.9.76, dem Termin der letzten Anhörung, bis zum Ende seiner Referendarzeit am 31.1.77 hörte er nichts mehr von der Kultusbürokratie. Erst nachdem alle seine Kollegen in den Schuldienst übernommen waren, teilte man ihm auf seine Initiative mit, daß er vorläufig nicht eingestellt wird. Erst fast vier Monate später wurde ihm der schriftliche Ablehnungsbescheid zugestellt, der ihm die Möglichkeit gibt, Widerspruch einzulegen. Der Versuch, die Begründung am Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bezüglich des Ministerpräsidentenbeschlusses auszurichten, entbehrt nicht einer gewissen Komik. Das BVerfG legte fest, daß zur Ablehnung eines Bewerbers die Mitgliedschaft z.B. in der DKP nicht ausreicht und daß die Gesamtpersönlichkeit eines Bewerbers berücksichtigt werden muß. So heißt es denn im Ablehnungsbescheid, daß Bernd Leimann insbesondere durch seine Teilnahme an der Mitgliederversammlung und der Kreisdeligiertenkonferenz "...eine überbloße Mitgliedschaft hinausgehendes Maß an Einsatzbereitschaft für die Ziele der DKP gezeigt..." hätte. Auch in der Beurteilung seiner Persönlichkeit schnitt er schlecht ab. So legte man ihm zur Last, daß er sich in der Anhörung geweigert hätte, zu den "Erkenntnissen" Stellung zu nehmen. Vielmehr verpflichtete die von einem Beamten zu erwartende Treupflicht zur Distanzierung von den Zielen der DKP. Offenbar sind diese Hüter der Verfassung schlecht über die Verfassung informiert. So stellte das Hamburger Verwaltungsgericht erst kürzlich fest, daß Fragen zur Mitgliedschaft und Arbeit in politischen Organisationen und Parteien nicht mit der Verfassung vereinbar sind und es das verfassungsmässige Recht eines Bewerbers ist, die Beantwortung derartiger Fragen abzulehnen.

POST NACH BICKERN

Wenn zum Beispiel eine Hausfrau von der Kolberger oder Königsbergerstraße bei der Post irgendwelche Rechnungen bezahlen muß, darf sie erstmal für die notwendige Busfahrt 2,60 DM bezahlen, wobei der Bus einmal die Stunde fährt. Das bedeutet, daß die Fahrt zur Post ungefähr 2 Stunden in Anspruch nimmt. Die wenigen Leute, die über einen PKW verfügen, fahren nach Unser Fritz, weil man dort nicht so lange Wartezeiten in Kauf nehmen muß, wie bei der Hauptpost. Aber welche Arbeiterfrau verfügt über ein Auto?

Viele Leute aus Bickern sind der Meinung, daß dieser Zeit und Kostenaufwand ein-



Wissen ist Macht - und weil Ihr nicht wißt, wird nicht gemacht!

Zu einem anderen Urteil über Bernd Leimann kamen dagegen seine Kollegen und Schüler. Die Referendare richteten ein Solidaritätskonto ein und überwiesen bisher ca. 2000 DM. Das Geld ist für seinen Lebensunterhalt bis zur Zahlung der Arbeitslosenhilfe und für die zu erwartenden Prozeßkosten bestimmt. Das Lehrekollegium seiner Schule setzte sich für seine Einstellung ein. In einem Brief an



die Kultusbehörde in Münster bescheinigten die Lehrer ihm ein dienstlich korrektes Verhalten und daß er seine Schüler nie parteipolitisch beeinflusst habe. Für seine Einstellung setzten sich beim Kultusminister die Professoren des romanischen Seminars an der Uni Bochum ein. Seine Schüler solidarisierten sich mit ihm und richteten an der Schule einen Arbeitskreis gegen die Berufsverbote ein. Die Bochumer Initiative "WEG MIT DEN BERUFSVERBOTEN" sammelte hunderte von Unterschriften, mit denen die Aufhebung des Berufsverbots gefordert wird. Die Herne Initiative gegen Berufsverbote erklärt sich Bernd Leimann solidarisch und fordert: Das Berufsverbot für Bernd Leimann muß fallen!

Initiative "WEG MIT DEN BERUFSVERBOTEN"
Herne

fach unerträglich ist. Aber nicht nur das: in allgemeinen ist der Stadttell Bickern mit bestimmten Einrichtungen unterversorgt; kein Zahnarzt, keine Apotheke, keine vernünftigen Kinderspielplätze, etc. Damit dieser Zustand sich ändert, müssen wir, die Betroffenen, die Sache in die Hand nehmen: Zum Beispiel Unterschriften sammeln, Eingaben machen bei den verantwortlichen Stellen, wie Stadtrat, Post, Stadtbezirksvertretung. Von Nichts kommt nichts!!!

Interessenten wenden sich an:
Adi Kozicki
Im Erlenkamp 9

MUSIK! ABER WO?

Keine Probemöglichkeiten für Musikgruppen, wenig Auftrittsmöglichkeiten, schlechter Kontakt untereinander und ein äußerst einseitig ausgerichtetes Konzert- und Unterrichtsangebot von Seiten der Stadt, waren der Anlaß, daß sich bis jetzt 15 Musiker aus Wanne - Etckel zu einer Musikerkooperative zusammenschlossen haben. Die Musiker, die sich auch der gewerkschaftähnlichen "Union Deutscher Jazzmusiker" (UDJ) angeschlossen haben, haben begriffen, daß sich die schlechte Situation der Musiker nur dann ändern kann, wenn sie sich handfest in die Kulturpolitik der Stadt einmischen und ihre Interessen in eigene Hände nehmen. Die augenblickliche Lage in der Herne "Musikszene" und wie man sie ändern kann beschreiben die Musiker so:

"Im Kulturzentrum wie im Saalbau werden Sinfonie- und Kammerkonzerte angeboten und auch die monatlichen Matineen sind kammermusikalischer Art. Wenn außerhalb dieser Konzerte etwas angeboten wird, so sind das entsprechend nur traditionelle Jazzformationen oder Big Bands, die für teures Geld angeworben werden. Wir wollen versuchen, der Stadt, die aus nicht bekannten Gründen eine vor Jahren einmal gestartete Konzertreihe mit Freejazz wieder eingestellt hat, erneut etwas Ähnliches vorzuschlagen. Auch die allmonatliche kammermusikalische Matinee welche gewiß nicht ohne Reiz ist, könnte sich durchaus mit einer Jazzmatinee abwechseln, denn es gibt in Herne nicht nur kammermusikalisch interessierte Bürger. Außerdem wollen wir, was bis jetzt weder Volkshochschule noch Jugendkunstschule möglich war, einen Kursus in Musiktheorie anbieten. Es wäre schön, wenn dies in Zusammenarbeit mit VHS und JKS möglich wäre. Denn wieso soll in Herne nicht möglich sein, was es woanders seit Jahren gibt? Dies sind einige unserer Vorschläge. Unsere erste gemeinsame Aktion ist eine Veranstaltungsreihe, die in den Räumen der JKS 14 tägig Jazz, Rock, Folk u.s. w. vorstellt. Aus Mangel an geeigneten Räumlichkeiten ist es uns bis jetzt unmöglich gewesen, alle Musiker in Herne anzusprechen. Wir hoffen aber, daß durch diesen Artikel dieses Problem in nächster Zeit aus dem Weg geräumt werden kann. Wer Räumlichkeiten kennt, die für Versammlungen, Proben und Konzerte geeignet und nicht allzu teuer sind, wende sich bitte an unten angegebene Kontaktadresse: Karl - Heinz Blomann 469) Herne 2, Eickeler Bruch 50. oder Peter Habermehl, 469) Herne 2, Hammer-schmidtstr. 7.

EINE SCHÖNE WIRTSCHAFT

Der von der Bundesanstalt für Arbeit errechnete Jahresdurchschnitt einer künftigen Arbeitslosenquote von 1,5 Mio. dürfte reichlich wohlwollend bemessen sein. Zu den gegenwärtig offiziell gemeldeten 1 Million Arbeitslosen kommen nach Angaben der IG Metall 300 000 nicht mitgezählte Arbeiter, die an Umschulungskursen teilnehmen und weitere 600 000 nicht gemeldete Arbeitslose. Ganz zu schweigen von den nach Hause geschickten ausländischen Kollegen. Noch in diesem Jahr, so der DGB, werden rund 400 000 Arbeitsplätze von den Unternehmern zerstört. Am stärksten werden die Angestellten betroffen sein: in den nächsten 5 Jahren werden die Arbeitsplätze von 2 Mio. Angestellten wegrationalisiert.

Profit statt Arbeit

Im Bankbericht der Dresdener Bank konnten wir lesen: "In den letzten Jahren erreichte die Arbeitslosigkeit ein Ausmaß, wie es die Industrienationen seit 40 Jahren und die Entwicklungsländer in ihrer ganzen neueren Geschichte noch nicht erlebt haben." Am gleichen Tag, an dem die Dresdener Bank diesen Bericht veröffentlichte, kündigte sie für die Aktionärsversammlung den Vorschlag einer 20 % Dividenden-Erhöhung an.

Reibach überall: Die 'Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung' stellte fest, daß die Profite durchschnittlich 1976 um 25 % gestiegen sind.

Einige Zahlen von der Gewinnfront: Hoechst steigerte den Profit um mehr als 40 %; die Degussa um 70 %; Bayer um 50 %!

Ausbeutung statt Freiheit

Noch ein paar Zahlen aus dem Bayer-Geschäftsbericht: der Chemiekonzern erhöhte 1976 seinen Umsatz um 21,4 %. Als Gewinn vor Steuern, der den Aktionären eine Dividende von 17 % sichert, weist Bayer 867 Mio. DM aus. Die Abschreibungssumme von 648 Mio. DM, die Investitionen von 633 Mio. DM und die Aufstockung des Grundkapitals um 220 Mio. DM ergibt die stolze Summe von 2,4 Milliarden DM Gesamtjahresgewinn!! Jeder der 64 336 Arbeiter und Angestellten schuftet damit - nachdem Löhne und Gehälter angerechnet werden - für 36 886 DM im Jahr umsonst.

Diese Zahl steht nicht im Geschäftsbericht.

Es lassen sich auch positive Zahlen des Jahres 1976 aufstellen: am 31.12.76 hatte der DGB einen neuen Mitglieder-rekord vorzuweisen: 7,4 Millionen Mitglieder!

Jugendarbeitslosigkeit in Herne

Ende April 1977 waren in Herne 510 Jugendliche im Alter von 15 bis 20 Jahren arbeitslos gemeldet. Bei einer Gesamtarbeitslosenzahl von 4686 bedeutet dies einen Anteil von 10,9 % an allen Arbeitslosen. Um aber eine realistische Zahl zu erhalten, müssen zwei weitere wesentliche Gruppen zu dieser Zahl hinzugegerechnet werden:

1. Alle diejenigen Jugendlichen, die in extra eingerichteten Maßnahmen zur Behebung (Tarnung) der Jugendarbeitslosigkeit vermittelt worden sind. Dies sind:

- ca. 100 Jugendlichen, die sich in den verschiedenen Lehrgängen der Bundesanstalt für Arbeit befinden,
- 156 Jugendliche, die im September 1976 in das nunmehr verpflichtende Berufsvorbereitungsjahr eingetreten sind, weil sie keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz fanden,
- die Jugendlichen, die in zusätzlichen Klassen des 10. Hauptschuljahres oder der Berufsfachschulen untergebracht wurden.

2. Eine Quote von bis zu 50% (eigene Angaben der Bundesanstalt für Arbeit) der jugendlichen Arbeitslosen, die sich aus verschiedenen Gründen gar nicht beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet haben.

Insgesamt ergibt sich eine erschreckend große Zahl von über 1000 arbeitslosen Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag für die Stadt Herne.

Herne ist damit eine der Städte in denen sowohl die Gesamtarbeitslosigkeit wie die Jugendarbeitslosigkeit weit über dem Durchschnitt liegt.



IMPRESSUM

V.i.S.d.P. Redaktionskollektiv
Vorort c/o Axel Kuhlmann
Laurentiusstr. 29
469 Herne 2
Druck: Gegendruck Essen
Auflage: 1 000

Arbeiter und Aktionär?

Mehr als 100 000 Arbeiter und Angestellte haben 1976 erstmals von dem Angebot Gebrauch gemacht, Aktien der Unternehmen zu kaufen, in denen sie arbeiten. Somit gibt es in der BRD weit über eine halbe Million Belegschafts-"Aktionäre". Besonders bei der Thyssen-Gruppe und der Mannesmann AG (die schon seit langem Aktien ausgibt) ist der Anteil der "Arbeiteraktionäre" sehr groß. So die WAZ am 20.1.77. Wer noch nicht Belegschafts-"aktionär" ist, es aber werden möchte, sollte sich jedoch darüber im Klaren sein, daß er sich nur ins eigene Fleisch schneiden und kaum Vorteile haben wird. Denn die Ausgabe von Belegschaftsaktien ist keine soziale Tat der Unternehmer, sondern ein Mittel um an 'billiges' Geld für Investitionen zu kommen, mit denen Arbeitsplätze wegrationalisiert werden, um die Löhne niedrig zu



Zwiesgespräche eines Arbeiterkapitalisten Metall 22/77

halten.

So vertritt die BDA (Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände) die Vorstellung, durch eine 2 prozentige betriebliche Verärgersanlage gleichzeitig einen 2 prozentigen Lohnverzicht der Arbeiter durchzudrücken. Was das heißt, soll ein einfaches Beispiel zeigen: "Für Aktien im Nennwert von 50 DM kassiert unser "Aktionär" im Jahr eine Dividende von 5 mal 7, also 35 DM. Für den Verzicht als "Aktionär" auf 1% Lohnerrhöhung im Jahr, bei einem Stundenlohn von 10 DM und 173 Stunden im Monat, also ohne weitere Zulagenverrechnung, verliert unser Kollege blanke 210 DM."

Ein Kommentar ist wohl überflüssig!

bücher tee
schallplatten
kaffee
plakate infos
zeitungen

politische
buchhandlung

in westenfeld 22 (nahe asta) tel 70 23 36
mo-fr 9-18 uhr sa 11-14 uhr



VERANSTALTUNGSKALENDER!



FILME

Montag, den 27. Juni
SPAGHETTI IM NOVEMBER (BRD 1969) von Karl Schnedereit. Realistische Darstellung von Gastarbeiterproblemen als Beitrag zu "Kennade International". (BO-KINO, Schauspielhaus Bochum, 18.30)

BEI DER MAHLZEIT (Jugoslawien 1972)
WAS ICH VON MARIA WEISS (BRD 1973)
 und **JETZT GEHN WIR TÜRKEN VERHAUN** (BRD 1973). Weitere Filme zur Gastarbeiterproblematik. (BO-KINO, 20.30)

Dienstag, den 28. Juni
UNSTERBLICHES DUELL (Frankreich 1976) von Jacques Rivette. Zwischen Märchen- und Zaubertheater angesiedeltes Traum-Wirklichkeits-Drama. (Studienkreis Film, Ruhr-Universität, Hörsaal-Zentrum 20, 18.00 und 20.30 Uhr)

Donnerstag, den 30. Juni
SUNDAY BLOODY SUNDAY (England 1972) von John Schlesinger, ein homosexueller junger Designer pendelt zwischen einer geschiedenen Dreißigerin und einem jüdischen Arzt. (Studienkreis Film, 18.00 und 20.30 Uhr)

kontakte

FRAUENGRUPPE WANNE:

trifft sich jeden Montag, um 19.00 Uhr am Wanner Markt 11, in der Wohngemeinschaft.

Initiative "Gegen die Erweiterung des STEAG Kraftwerks":

Interessierte können sich bei Werner Höfer, Jobststr. 27 f, Herne 1 melden!

Demokratische Fraueninitiative:

trifft sich jeden Montag, um 19.00 Uhr, im Jugendheim Holsterhausen, Dorstener Str 262.

Initiative "Weg mit den Berufsverboten":

Kontakt über F. Braßel, Dorstener Str. 415 Tel. 71492

Stadtzeitungsgruppe:

trifft sich jeden Mittwoch im Haus-der-Offenen-Tür, Wilhelmstr. 89 a! Jeder ist herzlich willkommen!

MUSIK

Montag, den 27. Juni
FRANK STUKENBROCK, Gitarre Bossanova-Samba-Klassik. Club Liberitas, Berliner Platz 1, Bochum, 20.00 Uhr.

Dienstag, den 28.6.
 Ragtime & Blues Company - Club Liberitas. 20.00 Uhr



Donnerstag, den 30. Juni
 Jugendkunstschule, W.-E.-Hauptstr.:
FOLK & BLUES mit Robert und Klaus, Beginn 19.00 Uhr.

Donnerstag, den 7. Juli
 Jugendkunstschule, W.-E.-Hauptstr.:
 Musik-Kooperative Wanne-Eickel, Beginn 19.00 Uhr!!

MUSIK FÜR KINDER

Jugendkunstschule. Samstag, den 2. Juli, Beginn 11.00 (Programm stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest)

theater



RUHRFESTSPIELE:

"10 Jahre danach", Stück der Kollegen der Firma Eurovia (siehe Artikel), im Ruhrfestspielhaus, am 5. und 6. Juli jeweils um 19.00 Uhr !!!!

1., 2. und 3. Juli UZ-Volksfest

Recklinghausen
 Saatbruch/Vestlandhalle

Betrifft: Kleinanzeigen

Habt ihr was zu Verkaufen?
 Sucht ihr Leute für gemeinsame Unternehmungen?
 Ist was bekannt zu geben?
 Wir veröffentlichen Kleinanzeigen ab der nächsten Nummer
 Preis: 2 DM



Um das weitere Erscheinen der Zeitung zu garantieren, benötigen wir zahlreiche Spenden und vor allem Abo's, damit wir mit einem festen Leserstamm rechnen können. Wir werden ständig Rechenschaft über unsere finanzielle Situation ablegen!

Hiermit abonniere ich die VORORT

- halbjährlich für DM 7,50
- jährlich für DM 15,00 (incl. Porto)
- Förderabo mind. 20,00 DM

Name:.....
 Straße:.....
 Ort:.....
 Geburtsdatum:.....
 Unterschrift:.....

Wir liefern nach Eingang des Geldes auf Postscheckkonto 164906-469 Dtdm Axel Kuhlmann, Herne 2.

Die nächste Ausgabe der VORORT erscheint voraussichtlich Anfang August.

ZEITUNG FÜR SOLIDARITÄT MIT DER 3. WELT



WENN SIE "WELTMARKT" FÜR DM 6,- IM JAHR (4 HEFTE INKL. PORTO) ABNNIEREN WOLLEN, FÜLLEN SIE NEBENSTEHENDEN COUPON AUS UND SENDEN IHN AN DEN WELTMARKT, Heinrichstr. 5, 4690 Herne 1, Tel. 52681

"WELTMARKT" IST DIE ZEITUNG DES WELTMARKT HERNE / WELTMARKT EICKEL.

"WELTMARKT" WIRD VON DEN MITARBEITERN DES WELTMARKT SELBST GESCHRIEBEN UND IST ALLGEMEINVERSTÄNDLICH, KRITISCH UND INFORMATIV.

"WELTMARKT" ERSCHEINT VIERTELJÄHRLICH IM UMPANG VON ETWA 40 SEITEN FÜR DM 1,-.

JA, ICH MÖCHTE "WELTMARKT" AB SOFORT FÜR 6,- DM FÜR 4 HEFTE (INKL. PORTO) ABONNIEREN.

NAME _____
 ADRESSE _____
 DATUM _____ UNTERSCHRIFT _____

DIESEN COUPON AUSSCHNEIDEN UND SENDEN AN: WELTMARKT, HEINRICHSTR. 5, 469 HERNE 1